Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2009 · 48: 1127
DOI 10.1007/s00120-009-2106-1
© Springer Medizin Verlag 2009

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Bitte schon vormerken, Programm folgt:

Seminar „Aus der Krankenhaus-hierarchie in die Selbstständigkeit – unkalkulierbares Risiko oder ungeahnte Chance?“ Workshop für Assistenzärzte/-innen **20./21.11.2009 – Berlin**

Die Kliniken in Deutschland können immer mehr **Arztstellen** nicht besetzen. Darauf hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) in Berlin hingewiesen. „Wenn nicht konsequent gegengesteuert wird, müssen bald zahlreiche Kliniken ganze Abteilungen schließen. Auch die Rettungsdienste können dann nicht mehr ausreichend besetzt werden“, warnte DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum.

Knapp sechs Wochen vor der Bundestagswahl hat die Barmer Ersatzkasse in Berlin ihre gesundheitspolitischen Positionen vorgestellt. Gefordert wird unter anderem eine Reform des Gesundheitssystems, bei der die **Private Krankenversicherung** zukünftig nur noch Zusatzleistungen anbietet.

Ein **staatlicher Patientenbeauftragter** soll künftig Kranken in Bayern zur Seite stehen. Bei Verdacht auf falsche Behandlung, Streit um die

Kostenübernahme oder Fragen zu Patientenverfügungen soll der Beauftragte zentrale Anlaufstelle für Patienten werden, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“.

Der Bayerische Hausärzterverband (BHÄV) macht nun gezielt **Stimmung gegen die FDP**. „Die FDP zeigt ihr wahres Gesicht und will die gesetzliche Krankenversicherung abschaffen“, kritisiert der Verband auf einem neuen Protestplakat.

Nach Überschüssen im ersten Quartal hat sich die **Finanzlage der Krankenkassen** im zweiten Quartal deutlich verschlechtert. Barmer und DAK meldeten einem Bericht des „Handelsblatts“ zufolge sogar rote Zahlen für das erste Halbjahr.

Mit einer Anzeige in der September-Ausgabe des „Rheinischen Ärzteblatts“ appellieren die Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) und die Freie Ärzteschaft (FÄ) an die niedergelassenen Ärzte in Nordrhein, bei ihrer kritischen Haltung zu bleiben und **keine Lesegeräte für die elektronische Gesundheitskarte (eGK)** anzuschaffen.

Die erste Krankenkasse in Deutschland erhebt rückwirkend ab dem 1. Juli einen **Zusatzbeitrag**. Nach Informationen der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Mittwochausgabe) müssen Mitglieder der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse Köln einen Zusatzbeitrag von acht Euro zahlen.

Streit um Patienten gibt es offenbar im Ruppiner Land. Patienten, die von den Ruppiner Kliniken ins Hospiz überwiesen würden, würden nicht an ihren Hausarzt zurücküberwiesen, sondern vom klinikeigenen MVZ betreut, schreibt die „Märkische Allgemeine“ heute. Auch Patienten, die in der Klinik behandelt wurden, seien anschließend an eines der drei MVZ verwiesen worden. „Das ist ein unlauteres Abwerben von Patienten“, zielt die Zeitung eine Allgemeinmedizinerin.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat ihr Ziel unterstrichen, die **Zahl der Krankenkassen zu verringern**. Derzeit gebe es noch 187 Kassen, aber es werde weitere Fusionen geben. „30 bis 50 Kassen reichen nach meiner Auffassung aus, damit die Menschen genügend Wechselmöglichkeiten haben“, sagte Schmidt.

Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vizepräsident der Bundesärztekammer, hat sich in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Zeit Wissen“ entschieden gegen **Ärztewertungen im Internet** ausgesprochen. „Denunziationen verschaffen zwar eine emotionale Spannungsabfuhr, valide Kriterien für die Arzt-Beurteilung sind sie nicht“, sagte er.

Einladung

**zur ordentlichen Mitgliederversammlung des
BERUFSVERBANDES DER DEUTSCHEN UROLOGEN E.V.
am Freitag, den 18. September 2009 in Dresden anlässlich des
61. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Urologie e. V.**

Ort: Halle 1 Konferenzraum 10

Zeit: 11.00 bis 12.30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

„Zukunft der vertragsärztlichen Vergütung“

Dr. Bernhard Rochell, KBV Berlin

Nichtöffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bericht zur Lage mit Aussprache
3. Bericht des Schatzmeisters
4. Entlastung des Präsidiums
5. Anträge
6. Ehrungen
7. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Bloch, Präsident